

Gemeinsam Bauen

N°14 | Dezember 2022

Technik

Neues Energiegesetz:
Eine Chance, die das Wallis
nicht verpassen darf

Dossier

Mit einer innovativen Plattform
gegen die illegale Arbeit

Bildung

Die Bauwirtschaft wird digital

Der Gast

«Bauwirtschaft ermöglicht die Aufwertung verschmutzter Standorte»

Christine Genolet-Leubin

Eine Veröffentlichung des Walliser Baumeisterverbandes

04 — In Kürze

Infos

06 — Dossier

Eine Plattform zur Bekämpfung der illegalen Arbeit und des unlauteren Wettbewerbs

14 — Historisches

Streik der Arbeiter im Steinbruch von Chaux Dionisotti, 1937

16 — Der Gast

Christine Genolet-Leubin,
Chefin der Dienststelle für Umwelt

20 — Zoom WBV

Der neue Präsident des WBV,
Gaëtan Reynard, stellt uns seine
Vision vor

22 — Technik

Neues Energiegesetz: welche
Chancen für die Bauwirtschaft?



22



24

06



16



24 — Bildung

Die Bauwirtschaft verfügt über
eine eigene E-Learning-Plattform

26 — Expertenmeinung

2 Fragen an die Experten
des WBV

28 — Grosser Winkel

Autobahnüberführung von Sitten
(Spital-Vissigen)

Impressum

Grafische Gestaltung
Boomerang Marketing SA, Siders

Redaktion
Thomas Pfefferlé und WBV

Übersetzung
Jörg Abgottspon

Photographie
Olivier Maire / Studio54
Louis Dasselborne

Druck
Ronquoz Graphix SA, Sitten

Homo terrae lupus est:

Der Mensch ist ein Wolf für die Erde

Die unsichere Zeit, in der wir gegenwärtig leben, bewegt mich dazu, diese legendäre Maxime von Plautus,

die von zahlreichen bekannten Schriftstellern und Philosophen übernommen wurde, zu verwenden. Der Grund für die Aussage (homini) ist immer noch relevant: Die aktuellen menschlichen Konflikte beweisen zur Genüge, dass sich die Geschichte wiederholt und der Mensch nichts lernt. Für die Reflexion, die ich mit Ihnen teilen möchte, ist diese Maxime jedoch nicht aussagekräftig.

Ich berufe mich deshalb auf Gaia, unsere Erde, die uns aufnimmt, ernährt und beherbergt. Gemäss der griechischen Mythologie überwachten und bestraften die Götter des Olympos die Menschen, weil diese überheblich, hochmütig und masslos sein konnten und so die Harmonie der Welt, nämlich das Gleichgewicht zwischen dem Chaos und dem Kosmos, gefährdeten. Allerdings ist die Menschheit mit einer hohen und seltenen Intelligenz ausgestattet. Sie entwickelt deshalb zur Milderung der göttlichen Strafen zahlreiche anerkanntswerte Strategien. Aber!

Könnten diese vielschichtigen Korrekturmassnahmen nicht eher heilbringend statt schädlich sein ...? «Provokateur, Polemiker!» werden einige bereits ausrufen.

Es ist eine Tatsache: Die Erde leidet unter ihren Bewohnern. Um sie auch im Interesse der künftigen Generationen zu erhalten, müssen wir so rasch wie möglich CO₂-neutral werden.

Wasser, Natur, Fauna, Biodiversität, Umwelt, ... all diese Elemente erhalten

*Wir müssen so
rasch wie möglich
CO₂-neutral werden*



von allen Seiten grösste Aufmerksamkeit. Wir müssen jedoch lernen, mit der Frustration zu leben. Alles ist nicht realisierbar und wird nicht realisierbar sein. Jede isolierte Aktion, auch wenn sie noch so lobenswert ist, schadet dem Hauptziel: dem Kampf gegen die Klimaerwärmung, die am Ursprung aller Probleme steht. Die folgenden Beispiele zeigen jeweils auf ihrer Ebene die Bedeutung dieser Behauptung auf. Im Rahmen unserer Tätigkeit werden wir oft für den hohen Energieverbrauch und entsprechend die ungünstige CO₂-Bilanz kritisiert. Seit jeher haben wir jedoch unseren Willen für ein vorbildliches Verhalten unter Beweis gestellt. Aber dieser Wille stagniert aufgrund zahlreicher Hindernisse. Der zögerliche Einsatz von aufbereitetem Material und ein hoher Materialbedarf führen dazu, dass zum Beispiel grosse Mengen von Sand importiert werden, weil wir das natürliche Flussbett und das Grundwasser in der gesamten Rhonetaebene schützen müssen, obwohl dort Sand im Überfluss vorhanden ist. Folgen dieser Situation: Lastwagen mit fragwürdigem ökologischem Fussabdruck fahren im ganzen Wallis hin und her, verursachen viel Verkehr, verschmutzen unsere

Atmosphäre und führen zu einer katastrophalen CO₂-Bilanz. Die vorgeschriebene Aufbereitung von Baustellenmaterial führt zu hohem Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss. Allerdings landet das aufbereitete Material auf den Deponien, weil es nicht auf unseren landwirtschaftlichen Böden mit ihren ungeahnten und wichtigen Eigenschaften genutzt werden kann. So verpufft all diese eingesetzte Energie wirkungslos.

Das Bessere ist der Feind des Guten, besagt eine Volksweisheit. Es ist an der Zeit, dies zur Kenntnis zu nehmen und die Ziele zu priorisieren.

Heute findet man Lösungen für die Lagerung der radioaktiven Abfälle. Es wäre als sicher vernünftig, den Abbau in Flüssen auszubauen und Standorte für den Abbau in der Talebene zu bestimmen, um unsere Auswirkungen auf die Natur signifikant zu reduzieren. Jetzt ist nicht mehr die Zeit für Studien. Es muss gehandelt werden. Allerdings müssen sich diese Massnahmen ausgleichen, um zum Gleichgewicht zwischen Chaos und Kosmos beizutragen ...

Serge Métrailler
Direktor WBV

5 Präsidenten versammelt



Treffen der fünf letzten Präsidenten des WBV anlässlich der Generalversammlung vom 3. Juni 2022 im Technopôle in Siders und anschliessend beim gedeckten Grillplatz von Foulon in Granges. Man erkennt von links nach rechts: Gaëtan Reynard (2022-), Alain Métrailler (2014–2022), Serge Métrailler, Direktor WBV, Jean-Marc Furrer (2006–2014), Charly Sierro (2002–2006), Michel Buro (1994–2002).

Stellungnahmen

Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes: fehlende Ambitionen!

Die Bauwirtschaft ist seit Beginn der Arbeiten einbezogen worden und hat gehofft, dass im gesetzlichen Rahmen, der dem Grossen Rat vorgelegt wird, die für den Energiewandel definierten Ziele anhand der Realität vor Ort, des Stands der Technologie und der Antizipation der Wirtschaft konkretisiert würden. Leider ist der entscheidende Bereich der Renovation mehr oder weniger dem Ermessen der privaten und gewerblichen Eigentümer überlassen worden. Ausserdem sind die Vorschläge für eine bessere Übernahme der Investitionskosten, zum Beispiel durch Bürgschaften oder zinslose Darlehen, nicht berücksichtigt worden. Die Realität und der aktuelle Energiemarkt werden diese zögernde Haltung wahrscheinlich sehr rasch vergessen lassen.

Kantonales Klimagesetz: interessante neue Instrumente

Der Vorentwurf des Gesetzes spielt seine Trümpfe aus: perfekt ausgerichtete Ziele, Wille zur Transversalität, usw. Leider ist die fehlende Koordination betreffend den legislativen Terminplan und die laufenden Arbeiten zur Verfassungsrevision hervorzuheben. Zudem muss eine Art Widerspruch in der Umsetzung der Interessensabwägung erwähnt werden. Trotzdem enthält der gesetzliche Rahmen interessante neue Instrumente wie die Fonds zur Förderung der Innovation oder die Idee einer stärkeren Unterstützung der Renovationen durch die Gemeinschaft.

Agenda

Januar 2023

Infra-Tagung

Donnerstag, 26. Januar
Luzern

Februar 2023

Lokalsitzungen

Oberwallis

Mittwoch, 15. Februar

Mittelwallis

Dienstag, 21. Februar

Unterwallis

Donnerstag, 23. Februar

April 2023

Präsidentenkonferenz SBV

Mittwoch, 5. April
Bern

Mai 2023

Delegiertenversammlung SBV

Dienstag, 16. Mai
Olten

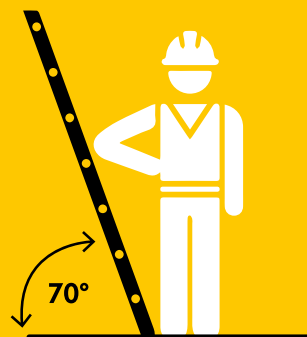
Juni 2023

Frühlings- Generalversammlung

Freitag, 2. Juni
Granges/Siders

Tag der Bauwirtschaft SBV-Generalversammlung

Freitag, 30. Juni
Lugano



Der praktische Rat

Eine **tragbare Leiter** nur dann benutzen, wenn in Bezug auf die Sicherheit keine andere besser geeignete Arbeitsmöglichkeit besteht. Bei einer Absturzhöhe von über **2,00 m** dürfen die Arbeiten nur kurz dauern und es müssen Schutzmassnahmen gegen Absturz getroffen werden.

- Anstellwinkel **70°**.
- Die Leiter muss die Ausstiegskante um **1,00 m** oder drei Sprossen übersteigen.



Geschenkidee für Weihnachten



Schenken Sie zu Weihnachten das Buch
« Geschichte des Baus. Geschichte im
Aufbau » und Goodies des WBV.
www.ave-wbv.ch/weihnachten



Illegale Arbeit und unlauterer Wettbewerb: Könnte eine Plattform die Situation verändern?

Die Akteure der Bauwirtschaft kämpfen gegen Auswüchse und Betrügereien, die ihrem Sektor Schaden zufügen. Die Plattform eBadges ist ein vielversprechendes Modell. Sie ist Ausdruck einer neuen Art von Partnerschaft, in der öffentliche und private Organe eng zusammenarbeiten. Erläuterungen zur Bedeutung des Projekts und Präsentation der Partner, die an der Umsetzung beteiligt sind.

Mehr als eine Milliarde Franken: Das ist gemäss Schätzungen des Kantons der jährliche Umsatz der nicht gemeldeten Arbeit in der Walliser Bauwirtschaft. Neben den Projekten und Aufträgen, die den korrekten Unternehmen entgehen, destabilisiert dieser enorme Verlust den Markt und fördert das Lohndumping sowie Verstösse gegen die Gesamtarbeitsverträge. In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern versucht der Staat Wallis diesem Phänomen mit einem starken Kontrollinstrument zu begegnen. Es handelt sich dabei um die zentralisierte Plattform eBadges, die vorerst ermöglicht, das korrekte Verhalten der Unternehmen der Bauwirtschaft im Rahmen der Ausschreibungen des öffentlichen Beschaffungswesens zu überprüfen.

Diese vielversprechende und exemplarische Vision wird von der Branche sehr begrüsst. In einer zweiten Phase sollen auch die Privatpersonen dazu angeregt werden, dieses System zu nutzen. Der Kanton Wallis koordiniert sein Vorgehen ausserdem mit dem Kontrollprojekt auf nationaler Ebene. Dieses wird vom Verband SIAC-ISAB geleitet und umfasst zahlreiche kantonale und regionale paritätische Berufskommissionen. Es handelt sich in der Schweiz um eine Premiere mit Vorteilen für die gesamte Branche, den Staat, die Unternehmen und die Arbeitnehmer.

«Wir haben dem eBadges-Projekt Priorität eingeräumt, um es so rasch wie möglich umsetzen zu können.»

Mathias Reynard, Chef des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur



Reaktiver Staat

Im Mai 2021 wurde Mathias Reynard, Chef des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (das ebenfalls die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse DAA umfasst) von den Sozialpartnern kontaktiert. Rasch erkannte er die Bedürfnisse und das Potenzial des Projekts eBadges.

«Die Fragen der Schwarzarbeit und des unlauteren Wettbewerbs sprechen mich als ehemaligen Gewerkschafter zwangsläufig an. Seit dem letzten Jahr haben wir diesem Projekt Priorität eingeräumt, um es so rasch wie möglich umsetzen zu können. Das Dossier wird gegen Ende dieses Jahres dem Grossen Rat vorgelegt und wir verfügen über das notwendige Budget für die Pilotphase des Projekts im Jahr 2023. Die definitive Umsetzung ist dann im Jahr 2024 geplant.»

Wer macht was?

Aufgrund seiner Tragweite und seiner Ambition bricht das innovative Projekt eBadges mit den bestehenden Systemen, da es alle betroffenen Akteure rund um dieselbe Plattform vereinigt. Eines der Ziele besteht darin, dass zwischen allen Organen, die sich mit dem Problem der Arbeitsregulierung befassen, eine vollkommene Offenheit besteht. Dies betrifft zum Beispiel die Kontrollen auf den Baustellen, die administrativen Überprüfungen in Zusammenhang mit der Einhaltung der GAV und die Massnahmen in Bezug auf die berufliche Vorsorge.

Hinter eBadges steht also der Staat Wallis, der über die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz (DAA) die gute Praxis regelt und den gesetzlichen Rahmen für die Branche vorgibt. Ein anderes involviertes staatliches Organ ist die Kantonale Beschäftigungsinspektion (KBI), die der DAA angegliedert ist. Sie ist gemäss den vom Kanton vorgegebenen Zielen und Prioritäten mit der Durchführung der Kontrollen in Bezug auf die Schwarzarbeit beauftragt.

Neben den kantonalen Organen sind die verschiedenen Sozialpartner Initiatoren des Projekts. In jeder Branche der Bauwirtschaft, die über einen GAV verfügt, sind sie durch paritätische Berufskommissionen (PBK) vertreten. Ihre Aufgabe besteht in der Beratung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Bezug auf das Arbeitsrecht und in der Mediation bei Streitfällen. Die PBK stützen sich im Übrigen auf den Verband zur Verstärkung der Baustellenkontrollen (VVBK), der mit sechs Kontrolleuren jeden Samstag insbesondere Kontrollen im Wallis durchführt.





Vielversprechende Synergien

«Gerade aufgrund dieser öffentlich-privaten Dimension ist das Projekt interessant», betont Anthony Lamon, Arbeitgebersekretär und Jurist beim WBV. «Der Staat hat den richtigen Ansatz gewählt, indem er die Sozialpartner und die aus ihnen hervorgegangenen privaten Organisationen einbezogen hat. Diese Konfiguration macht gerade die Stärke von eBadges aus. Sowohl Gewerkschaften als auch Direktoren von Unternehmen sitzen am gleichen Tisch. Die Bekämpfung von Betrug und Auswüchsen in Zusammenhang mit Schwarzarbeit und unlauterem Wettbewerb ist sehr komplex. Diese Zusammenarbeit ermöglicht eine breit abgestützte und professionelle Expertise.»

Der WBV kennt das Thema sehr gut und hat bereits zahlreiche Kontrollen im Bereich des Rohbaus durchgeführt. Deshalb wird er eine Pilotphase des Projekts eBadges in Zusammenhang mit der Überwachung der Baustellen durchführen.

Grosses Potenzial

Jeanny Morard, ehemaliger Generalsekretär der Unia und Ex-Präsident des VVBK, teilt diese Begeisterung. Er sieht im eBadges sogar ein neues Modell, das über die Ausschreibungen des öffentlichen Beschaffungswesens im Wallis hinausgehen könnte.

«Gegenwärtig sind die bestehenden Kontrollsysteme zwischen den verschiedenen Akteuren, die ihren eigenen Badge verteilen, zu stark zersplittert. Mit eBadges wird sich das ändern, was die Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit enorm stärken kann. Das Projekt umfasst alle privaten und öffentlichen Akteure, die in die Regulierung des Markts involviert sind. Es muss deshalb auch und vor allem als Modell für eine weitergehende Entwicklung dienen. Höchstwahrscheinlich werden nach dem Staat auch die grossen Investoren und Privatgruppen bei ihren Ausschreibungen auf diese Plattform zurückgreifen, um die Unternehmen auszuwählen. Das ist im Übrigen bei einigen grossen Projekten bereits der Fall: Sie benutzen die gegenwärtig bestehenden Badges. Dieses neue Instrument muss aufzeigen, dass eine solche Plattform möglich ist, so dass sie anschliessend nicht nur in der Bauwirtschaft, im öffentlichen Beschaffungswesen und im Wallis eingesetzt werden kann.»



Eine Vision, die auch von Mathias Reynard geteilt wird. «Wir haben uns vorerst auf die Bauwirtschaft und das öffentliche Beschaffungswesen konzentriert, damit wir das Projekt rasch umsetzen können. Aber die Problematik der Schwarzarbeit und des unlauteren Wettbewerbs betrifft auch die privaten Projekte und andere Berufsbereiche. Wir sind uns dessen bewusst und das Projekt eBadges ist ein Modell, das sich in naher Zukunft auch auf andere Aufträge und Bereiche ausweiten kann. Zudem sind wir zuversichtlich, dass sich unser System positiv auf den Markt auswirken wird. Es ist zum Beispiel möglich, dass Unternehmen, die nicht über diesen Badge verfügen, künftig Probleme mit der Anstellung von Personal haben werden. In diesem Sinn kann eBadges den Arbeitnehmern als Anhaltspunkt dienen, um sich von Unternehmen anstellen zu lassen, die mit dem System konform sind. Im Wallis verfügen wir glücklicherweise über eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft mit einem verbindenden Dialog zwischen Behörden, Unternehmen und Sozialpartnern. Inspirieren wir deshalb auch andere Bereiche und Regionen.»



der Schiedsrichter der Bauwirtschaft

Der Verband zur Verstärkung der Baustellenkontrollen (VVBK) wurde 2016 von den verschiedenen paritätischen Berufskommissionen des Sektors gegründet. Seine Arbeit konzentriert sich vor allem auf die Problematik der Samstagsarbeit. Jede Woche sind sechs Kontrolleure auf dem gesamten Kantonsgebiet tätig, um Baustellen zu kontrollieren. Es handelt sich um ein effizientes Mittel im Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb. Gleichzeitig spielt der Verband eine zentrale Rolle als Mediator zwischen den verschiedenen Akteuren der Branche.

«Wir überwachen besonders Baustellen, bei denen ein Verdacht besteht oder entsprechende Informationen vorliegen», betont der neue Präsident des Verbands, Paul Bovier. «Gewisse Unternehmen betrachten das Wallis zum Teil noch als Far West. Wir erinnern sie daran, dass sich unser Kanton aktiv gegen die Schwarzarbeit und den unlauteren Wettbewerb einsetzt und dass wir einen sozialen und verbindenden Dialog mit Gewerkschaften, Unternehmen und Behörden pflegen.»

Wichtige Mediation

Der VVBK führt auf dem gesamten Kantonsgebiet jährlich rund 500 Kontrollen durch. Aufgrund seiner bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung ist das Unterwallis für die Unternehmen sehr attraktiv. Deshalb wird diese Region besonders überwacht. Bei Verstössen riskiert der Arbeitgeber eine Busse von 500 Franken pro Arbeitnehmer. Für den Arbeitnehmer beträgt die Busse 600 Franken. Zu diesen Beträgen kommen Kontroll- und Verfahrenskosten von mindestens 100 Franken zu Lasten der Zuwiderhandelnden hinzu. Schliesslich werden im Wiederholungsfall die Beträge verdoppelt.

Neben den Kontrollen wirkt der VVBK auch als Mediator zwischen allen beteiligten Parteien. Vor Kurzem hat er zum Beispiel bei der Lonza-Gruppe interveniert, um eine Charta mit einem reglementarischen Rahmen für die massiven Arbeiten einzuführen, die der Industriegigant im Oberwallis ausführen lässt. Der Dialog ist konstruktiv verlaufen und die Gruppe hat sich schliesslich dazu verpflichtet, den GAV am Ort der Arbeitsausführung einzuhalten.

Transparenz und Datenaustausch

Die Einhaltung der Zahlung von Soziallasten, die Einhaltung der von den GAV diktierten Bestimmungen oder auch die Gültigkeit der Arbeitserlaubnis der Angestellten sind allesamt Aspekte, die auf der eBadges-Plattform enthalten sein sollten. Es geht dabei zum Teil um sensible Daten, die insbesondere in Zusammenhang mit der Arbeitserlaubnis die Privatsphäre betreffen. Deshalb ist der kantonale Datenschutzbeauftragte um eine Stellungnahme zum Projekt gebeten worden. Er hat sich positiv geäussert, so dass weitergearbeitet werden kann. «Wir haben den Datenschutzbeauftragten bereits in den ersten Phasen des Projekts einbezogen», betont der Chef des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur. «So steht unser Projekt in Einklang mit den aktuellen Anforderungen und antizipiert gleichzeitig bereits die neuen Vorschriften, die noch vor der Einführung der Plattform in Kraft treten werden.»

«Es handelt sich um ein weiteres Schlüsselement des Projekts, denn der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Organen, die in die Kontrolle und Regulierung der Branche involviert sind, ist gegenwärtig nicht optimiert», erläutert Jeanny Morard. «Künftig wird es möglich sein, die korrekte Führung eines Unternehmens, sowohl in administrativer als auch in praktischer Hinsicht, von einem einzigen System aus zu überprüfen.»

Für die Unternehmen ist das Projekt natürlich eine interessante Garantie in Bezug auf das unternehmerische und wirtschaftliche Fairplay sowie den Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb. eBadges soll es auch ermöglichen ihnen die administrative Arbeit zu erleichtern. Nachdem sich das Unternehmen registriert und die notwendigen Dokumente vorgelegt hat, braucht es nichts mehr zu tun. Die zahlreichen administrativen Schritte, die gegenwärtig noch nötig sind, fallen weg. Der Staat hat bereits über zwei Plattformen eine Vereinfachung eingeführt: Einerseits ermöglicht BKMS der Öffentlichkeit, den zuständigen Organen alle sachdienlichen Informationen über mutmasslichen Betrug bei Sozialversicherungen oder Steuern, im Ausländerrecht oder bei der Nichteinhaltung von Gesamtarbeitsverträgen zur Kenntnis zu bringen. Andererseits enthalten die ständigen Listen ein aktualisiertes Register der vom Staat und von den Partnern kontrollierten und validierten Arbeitgeber.



Die VVBK beschäftigt 6 Kontrolleure, die unter der Leitung der Koordinatorin Nathalie Reuse, hier in links, durch den Kanton fahren.



Streik der Arbeiter in Monthey im Jahr 1937

Gemäss den Archiven der Mediathek Wallis konnten einige Personen identifiziert werden. Von links nach rechts, 1. Reihe: Henri Bellon, César Duchoud, Jean-Louis Chervaz, André Rossier, Fernand Waliker, Antoine Chervaz, Edouard Zannoti, nicht identifiziert, Louis Ballet, Théodule Caillet-Bois, Sylvain Nicollas, Franchini, nicht identifiziert, Etienne Giroud, 3. Reihe: Henri Arbaletaz, nicht identifiziert, Caillet-Bois, Rouiller, Henri Barachini, François Chervaz, Baptiste Antonioli, Zénon Bressoud, nicht identifiziert.



Im Verlauf der 1930er-Jahre entwickeln sich die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hin zu friedlichen Verhandlungen und einer Suche nach Konsens.

Weshalb diese Verhaltensänderung? Einerseits verfolgen die beiden Parteien während der Wirtschaftskrise ein gemeinsames Ziel: die Behörden dazu bringen, zu investieren, statt eine Sparpolitik zu betreiben. Die Arbeitgeber begreifen, dass es in diesem Zusammenhang unverzichtbar ist, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Ihre Schlagkraft hat eine viel grössere Wirkung als das Lobbying der Arbeitgeber. Andererseits wird die liberale Demokratie sowohl in der Schweiz als auch im Wallis durch die korporative Doktrin in Frage gestellt, die einen Staat schaffen will, in dem die Macht von Berufskorporationen mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgeübt wird, damit Klassenkämpfe verhindert werden können.

Foto: Streik im Steinbruch von Chaux Dionisotti in Monthey, 1937,
Ed. Georges Pillet, Mediathek Wallis – Martinach



Die Chefin der Dienststelle für Umwelt, Christine Genolet-Leubin, leitet ebenfalls die Modernisierung und Aktualisierung der ARA des Kantons. Die ARA von Saxon ist vor drei Jahren erneuert worden. Sie verfügt über Solarpanels, die praktisch die gesamte Energie liefern, die für die Abwasserreinigung benötigt wird.

«Wir sind auf dem richtigen Weg»

An der Spitze der Dienststelle für Umwelt ist Christine Genolet-Leubin direkt von der Tätigkeit der Bauwirtschaft betroffen. Ihre Mission: bei den Akteuren der Branche das Bewusstsein für die Herausforderungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit zu schärfen. In diesem Rahmen entwickelt ihre Dienststelle Begleitmassnahmen und innovative Instrumente, mit denen die Bauwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann.

Die nachhaltige Bauweise stellt für alle Akteure der Bauwirtschaft eine echte

Herausforderung dar. Die Dienststelle für Umwelt begleitet die Branche in ihrer Tätigkeit, indem sie die zahlreichen Umweltparameter berücksichtigt, die rasch integriert werden müssen, damit die Bautätigkeit nachhaltig wird. Das Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU) arbeitet an verschiedenen Fronten: Erhaltung der Bodenressourcen, richtiges Management und Schutz der Wasserressourcen, Wiederverwertung der Abfälle, ... Die Chefin der Dienststelle für Umwelt, Christine Genolet-Leubin, erklärt uns die Arbeiten im Detail. Interview.

Wie kann die Bautätigkeit allgemein mit dem Umweltschutz vereinbart werden?

Der erste Schritt besteht darin, die Parameter der Nachhaltigkeit und der Umwelt bereits in die ersten Phasen eines Bauprojekts zu integrieren. Bevor die Arbeit auf der Baustelle beginnt, müssen das Konzept und die Planung des Projekts sämtliche Aspekte berücksichtigen, die sich auf die Nutzung der Ressourcen, die Auswirkungen auf den Boden, die verfügbaren lokalen erneuerbaren Energien, die Möglichkeit der Aufbereitung des Aushubmaterials oder die Verwendung von lokalen Rohstoffen aus der Kreislaufwirtschaft beziehen. Im Grunde genommen geht es darum, die Grundlagen der Branche zu überdenken, um die Aspekte der Energie, der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes ebenso zu berücksichtigen wie die wirtschaftlichen Parameter.

Kann die Bauwirtschaft zu einer treibenden Kraft für die Nachhaltigkeit werden?

Ja, davon bin ich überzeugt. Auf jeden Fall muss sie sich dafür einsetzen. Und es gibt immer mehr motivierende Beispiele. Auch wenn noch viel Arbeit vor uns liegt, bin ich der Ansicht, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich stelle bei den Unternehmern bereits ein grosses Interesse für das Recycling der Materialien fest. Die Aufbereitung der mineralischen Bauabfälle hat sich nach der Umsetzung einer kantonalen Strategie zum Beispiel bereits stark entwickelt. Die Unternehmer haben verstanden, dass die Entwicklung und die Förderung dieser Dynamik einer Kreislaufwirtschaft auch für sie interessant ist. Ausserdem darf erwähnt werden, dass die Bauwirtschaft ebenfalls ermöglicht, belastete Parzellen und Standorte nach ihrer Sanierung durch neue Bauten wieder aufzuwerten.

Welches sind die wichtigsten Projekte und Dossiers, an denen Ihre Dienststelle arbeitet, um die Akteure der Bauwirtschaft bei dieser nachhaltigen Entwicklung zu begleiten?

Wir arbeiten gleichzeitig an verschiedenen Begleitmassnahmen und Instrumenten, die ihnen ermöglichen, bei der Bautätigkeit die Erfordernisse der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes zu berücksichtigen. Es geht grundsätzlich darum, ihnen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie das Umfeld, in dem sie bauen, besser verstehen und damit sie dieses Umfeld unter Einhaltung gewisser Grundsätze möglichst gut erhalten können. In diesem Jahr haben wir zum Beispiel eine Kartografie des Grundwassers

veröffentlicht. Dieser Scan des Bodens ist durch die Kombination zahlreicher in den letzten Jahren gesammelter Daten ermöglicht worden. So kann man sehen, ob das Grundwasser für die Geothermie genutzt werden kann. Gleichzeitig können ungünstige Situationen in Zusammenhang mit einem Untergrund aus Feinmaterial erkannt werden und mit Zulässigkeitskarten ist es möglich, belastete Standorte nachzuweisen. Diese Karten zeigen also auf, ob im Rahmen eines Bauprojekts unter Berücksichtigung der erwähnten Faktoren Grundwasser genutzt werden kann oder nicht. Je nach Standort eines künftigen Bauwerks können Bauherr, Unternehmer, Architekt und Ingenieur im Voraus das Potenzial, die Einschränkungen und die Risiken in Bezug auf die Nutzung von Grundwasser am Standort oder in seiner Umgebung erkennen.

Renoviert das Wallis in Bezug auf das richtige Wassermanagement gegenwärtig auch massiv seine Abwasserreinigungsanlagen?

Ja, natürlich. In den kommenden Jahren werden die Walliser Gemeinden Renovationsarbeiten für rund 250 Millionen Franken ausführen. In diesem Rahmen unterstützt der Kanton die wichtigsten Arbeiten zur Modernisierung der Anlagen, indem er diese, aufgeteilt auf die betroffenen Gemeinden, mit Beiträgen in Höhe von 50 Millionen subventioniert. Mit diesen Renovationen werden die ARA im Hinblick auf die verschiedenen Schadstoffe, mit denen unser Wasser verunreinigt ist, auf den neusten Stand gebracht. Gleichzeitig soll gewährleistet werden, dass ihre Kapazität an die zu behandelnde Wassermenge angepasst ist.

Um auf den Bau neuer Werke zurückzukommen: Was ist zum Bodenschutz zu sagen? Eine natürliche Ressource, deren Bedeutung oft nicht erkannt wird?

Der Boden spielt tatsächlich bei zahlreichen Umweltaspekten eine Rolle. Von der Oberfläche bis zu den unterirdischen Ressourcen wirkt er als Pufferzone in drei Dimensionen, indem er insbesondere das Wasser absorbiert und filtert. In diesem Rahmen ist es in Zusammenhang mit der Bautätigkeit äusserst wichtig, darauf zu achten, dass der Boden nicht beschädigt oder versiegelt wird. Der Boden ist auch und vor allem eine wichtige landwirtschaftliche Ressource. Deshalb ist die Kartografie wichtig, damit die Zonen abgegrenzt werden können, die nicht mit Bauprojekten beeinträchtigt werden dürfen. Diese verschiedenen Aspekte, die Richtlinien und die gute Praxis, welche diese Zonen direkt betreffen, werden auf kantonaler Ebene vom Kompetenzzentrum Boden (KOBO - Wallis) betreut, das im vergangenen Jahr aufgrund der Bodenstrategie Schweiz durch einen Staatsratsentscheid gegründet worden ist. Es handelt sich dabei unter anderem um die Festlegung eines Rahmens, mit dem die Tätigkeit der Unternehmer zum Zweck der Begleitung, der Information und der Prävention allfälliger irreversibler Schäden gelenkt werden kann. Das Zentrum setzt sich aus Mitgliedern der Dienststellen für Landwirtschaft, Umwelt und Raumentwicklung zusammen.

Ich stelle bei den Unternehmern bereits ein grosses Interesse für das Recycling der Materialien fest.

Die energetischen Herausforderungen werden immer komplexer und dringlicher. Was kann angesichts der aktuellen Geopolitik über das Potenzial des Grundwassers, der Geothermie und der Tiefenbohrungen im Wallis gesagt werden?

Es handelt sich in der Tat um eine lokale und erneuerbare Energiequelle, mit der man sich eingehender beschäftigen muss. In Bezug auf die grossen Tiefen ist der Walliser Untergrund noch wenig dokumentiert. Er verfügt jedoch über ein grosses energetisches Potenzial, das in Zukunft wahrscheinlich in Zusammenhang mit Geothermieprojekten mittlerer und grosser Tiefe entwickelt werden kann. Heute ist die Bedeutung des Grundwassers für die Entnahme von Wärme und Kälte bekannt. Es stellt eine relativ stabile und erneuerbare Ressource dar. Natürlich muss man vorsichtig vorgehen, um Überbewirtschaftung, Nutzungskonflikte und schlechte Praktiken zu vermeiden. Deshalb haben wir in diesem Jahr auch die Zulässigkeitskarten entwickelt.

Die ARA von Saxon in Zahlen

- **1977**
Inbetriebnahme der ersten Anlage
- **2019**
Inbetriebnahme der neuen Anlage
- **10,7 Millionen**
Kosten der neuen Anlage
- **14'200**
Aufbereitungskapazität in Einwohnergleichwerten
- **2'820m³**
behandeltes Wasservolumen pro Tag

«Den Wettbewerb in den Hintergrund stellen, um die Interessen der Branche zu vertreten»

Der neue Präsident des WBV, Gaëtan Reynard, will die Bemühungen des Verbands fortsetzen. Es fehlt nicht an komplexen Dossiers wie Nachwuchsförderung, Aufbereitung der Materialien oder Nutzung der lokalen Ressourcen. Nach seinen ersten sechs Monaten als Präsident stellt er uns seine Vision vor.

Gaëtan Reynard ist im Juni als Nachfolger von Alain Métrailler zum Präsidenten des WBV gewählt worden. Dieser hat sich während 16 Jahren, davon 8 Jahre als Präsident, für den Verband eingesetzt. Der neue Präsident ist sich der bevorstehenden Herausforderungen und Kämpfe bewusst und will die massgeblichen Positionen in allen Dossiers beibehalten.

«Der Nachwuchs bildet sicher ein Schlüsselement, bei dem die Anstrengungen zu verdoppeln sind. Wir müssen unbedingt mehr Jugendliche für unsere Berufe begeistern können. Dies geschieht insbesondere über die Pflege unseres Images. Wir sind nicht einfach Betonierer und wollen auch nicht als solche angesehen werden. Wir sind visionäre Akteure, die sich der aktuellen Herausforderungen bewusst sind und gleichzeitig wertvolles Know-how bewahren wollen.»

Kreislaufwirtschaft und lokale Ressourcen

Die Aufbereitung und das Recycling der Materialien ist ein anderes grosses Dossier. «Die gegenwärtige Situation ist unhaltbar. Wir können nicht weiterhin bezahlen, um die Deponien mit sauberem Aushubmaterial zu füllen. Die Kreislaufwirtschaft auf der Grundlage der Aufbereitung

der Materialien muss bei der Sensibilisierung der grossen Bauherren für uns eine zentrale Achse darstellen.»

Schliesslich bildet die Bewirtschaftung der Bodenschätze im Wallis ebenfalls eine Priorität des neuen Präsidenten. «Wenn wir auf unsere italienischen und französischen Nachbarn zurückgreifen, schieben wir das Problem nur vor uns her. Was werden wir tun, wenn auch die Ressourcen unserer Nachbarn aufgebraucht sind? Und die Bewirtschaftung unserer eigenen Ressourcen muss auch ermöglichen, Arbeitsplätze zu schaffen und die lokale Industrie aufzuwerten. In unseren Böden ist alles vorhanden. Wir müssen diese Gelegenheit nutzen und die Kreislaufwirtschaft fördern.»

Sozialer Bereich

Die Entwicklung des Projekts eBadges und die Erneuerung der GAV bilden weitere Achsen, mit denen sich Gaëtan Reynard im Detail auseinandersetzt. «In diesem Sinn muss der WBV weiterhin eine Referenz für alle Akteure der Branche darstellen. Der Verband muss fähig sein, den Wettbewerb in den Hintergrund zu stellen, um die gemeinsamen Interessen zu vertreten.»

AVE
WBV



Neues Energiegesetz: eine Chance für das Wallis

Das neue Energiegesetz könnte die Ausgangslage des Kantons in Bezug auf die Energie verändern. Der Entwurf regt die Immobilienbranche zu einem überlegten Vorgehen an. Er bildet ein wichtiges Instrument für die nachhaltige Entwicklung und kann zu einem Aufschwung im Bereich des Bauwesens beitragen. Erläuterungen.

Das Wallis ist im Bereich der energetischen Renovationen im Vergleich zu den anderen Kantonen in Verzug. Bald könnte der Kanton jedoch ein vielversprechendes Modell einführen. Der Entwurf des neuen Energiegesetzes wird nämlich gegenwärtig im Grossen Rat behandelt. Das neue Gesetz sieht in der Tat eine gute Mischung zwischen Pflichten und Anreizen vor, mit denen die Anliegen der

Wirtschaft und die nachhaltige Sanierung der Gebäude in Einklang gebracht werden können. Damit werden die Entscheidungsträger ohne Zwang zu energetischen Renovationen motiviert.

«Dieser Gesetzesentwurf bezweckt die Umsetzung zahlreicher konkreter Massnahmen», betont Nathan Bender, Präsident der Kommission für Volkswirtschaft und Energie. «Die Eigentümer sollen dazu gebracht werden, über den energetischen Zustand ihres Gebäudes nachzudenken und dazu beizutragen, den CO₂-Ausstoss und den Energiekonsum zu reduzieren.»



**Heute muss den Arbeiten mit
dem grössten Energiesparpotenzial
Priorität eingeräumt werden**

Nathan Bender, Präsident der Kommission für Wirtschaft und Energie des Walliser Grossen Rates.

Wichtigste Vorschläge

Konkret möchte das Projekt sowohl auf die Produktion als auch auf den Verbrauch der Energie einwirken. Dabei geht es gleichzeitig um Infrastrukturen zur Wärmeproduktion und um die Wärmedämmung der Gebäude. Für den bestehenden Immobilienpark will der Staatsrat die Öl- und Gasheizungen nicht streng verbieten. Beim Ersatz einer Heizung muss jedoch der Anteil an erneuerbarer Energie mindestens 20 % betragen, wenn der Wärmebedarf des Gebäudes nicht signifikant gesenkt wird. Auch andere Massnahmen wie der Ersatz von elektrischen Heizungen und die Installation von ferngesteuerten Heizungen für Zweitwohnungen sind vorgesehen.

«Global gesehen werden die geplanten Massnahmen in Kombination mit den bestehenden Subventionen die Entscheidungsträger dazu anregen, über die minimalen Anforderungen hinauszugehen. Dabei geht es nicht zuletzt auch um die Kapitalrendite im Rahmen von Renovationen», fügt Nathan Bender hinzu. «Bei den Unternehmen der Bauwirtschaft sind die Auftragsbestände gegenwärtig hoch, was auf eine erfreuliche und länger anhaltende Dynamik in Bezug auf die Renovation der Gebäude hinweist. Heute muss den Arbeiten mit dem grössten Energiesparpotenzial Priorität eingeräumt werden. Zudem sollten innovative Wirtschaftsmodelle entwickelt werden, mit denen der administrative Aufwand der Eigentümer reduziert werden kann.»

GEAK als Anreiz

Im Rahmen des neuen Gesetzes sollte der Kanton auch offiziell den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) anerkennen. Mit den geltenden SIA-Normen wird jeder Neubau mindestens die Klasse C-C erreichen. Der Energieausweis ist für bestehende Gebäude nicht obligatorisch. Der Gesetzesentwurf sieht jedoch vor, ihn auch bei einem Immobilienverkauf vorzuschreiben. Dieser Schlüsselindikator wird einerseits ermöglichen, den Käufer über den Energiewert des Gebäudes zu informieren und andererseits den Eigentümer dazu anregen, bereits vor dem Verkauf Renovationsarbeiten ausführen zu lassen.



«Es handelt sich dabei um äusserst relevante Fragen, insbesondere im aktuellen geopolitischen und energetischen Kontext. Es ist im Übrigen festzustellen, dass die Zahl der Subventionsgesuche in Zusammenhang mit dem nationalen und kantonalen Gebäudeprogramm stark ansteigt.»

Akteure des Hoch- und Tiefbaus

Das neue Gesetz motiviert zu einer nachhaltigen Bauweise und zu energetischen Renovationen. Es sollte sich deshalb positiv auf die Dynamik der Bauwirtschaft auswirken. Gleichzeitig regen die vorgesehenen Massnahmen die Akteure des Hoch- und Tiefbaus zur Innovation und zur Schaffung von vielversprechenden Synergien an.

«Wenn die natürlichen, menschlichen, technischen und finanziellen Ressourcen begrenzt sind, wird es auch notwendig, ehrgeizige Strategien für das Management und den Betrieb von Netzen umzusetzen. Zudem müssen die Arbeiten gebündelt werden und auch andere, veraltete und ineffiziente Infrastrukturen, wie zum Beispiel diejenigen des Wassers, einbeziehen. Der Gesetzesentwurf sieht also auch Massnahmen in Zusammenhang mit der richtigen Planung der kommunalen und kantonalen Infrastrukturnetze vor.»



Die Bauwirtschaft verfügt über eine eigene Online-Bildungsplattform

Das digitale Portal E-Campus des WBV steht seit dem letzten Jahr zur Verfügung und wird weiter ausgebaut. Dank dieses neuen Instruments profitieren die Bildungsgänge der Bauwirtschaft ebenfalls von neuen digitalen Bildungsformaten. Zu Beginn des Jahres ist auf der Plattform ein zusätzlicher Bildungsgang aufgeschaltet worden.

In den letzten Jahren haben die digitalen Technologien in zahlreichen Tätigkeitsbereichen zu vielfältigen Weiterbildungsangeboten beigetragen. Die Bauwirtschaft hat von dieser Entwicklung bisher nur wenig profitiert. Seit September 2021 hat sich das geändert. Der WBV hat zu diesem Zeitpunkt nämlich seinen E-Campus lanciert. Die Plattform ermöglicht den Berufsleuten der Bauwirtschaft eine Online-Bildung, die sie in ihrem eigenen Rhythmus absolvieren können.

Nach der Ausbildung der Baumaschinenführer ist zu Beginn des Jahres ein neuer Bildungsgang für die Ausführungsmassnahmen der Bauarbeitenverordnung (BauAV) aufgeschaltet worden. Seit der Eröffnung des E-Campus haben bereits zweihundert Kandidaten diese beiden digitalen Bildungsgänge absolviert.

Hybridformat

«Die Idee besteht längerfristig darin, die Entwicklung der Bildungsgänge in unserem Sektor zu verfolgen, um sie auf unserer Plattform zur Verfügung zu stellen», präzisiert Kilian Lötcher, Vizedirektor des WBV und Verantwortlicher für die Berufsbildung. «Für Unternehmer und Fachleute bildet E-Campus die Garantie, dass die Bildungsgänge gemäss den kantonalen und nationalen Verordnungen sowie anderen Normen und Richtlinien aktualisiert sind. In Bezug auf die

Lernmethode handelt es sich um ein ausgezeichnetes Instrument, da alle die Bildungsgänge in ihrem eigenen Rhythmus absolvieren können. Das ist übrigens eine der wichtigsten Rückmeldungen der Benutzer.»

Die online verfügbaren Bildungsgänge sind manchmal mit theoretischen Modulen im Präsenzunterricht und mit praktischen Ausbildungsperioden vor Ort verbunden. Auch für die Prüfungen ist die Anwesenheit in einem Prüfungsraum erforderlich. Dieses Hybridformat hat also den Vorteil, dass die Kandidaten den Bildungsgang anhand ihrer Verfügbarkeit beginnen und dann individuell weiterführen können. Gleichzeitig ermöglichen die Module im Präsenzunterricht, die wichtigen Punkte zu vertiefen und den Ausbildnern Fragen zu stellen. Diese Aufteilung zwischen digitalem und klassischem Unterricht hat sich in den meisten Bildungsgängen des E-Learnings oder Blended-Learnings anderer Berufe bewährt.

Vorläufig ist E-Campus der Weiterbildung gewidmet. Kilian Lötcher wäre jedoch nicht erstaunt, wenn das Modell in den kommenden Jahren allgemeiner auf die Bildung ausgeweitet würde. Potenziell wäre sogar die Einfügung gewisser Teile der Lehre möglich.



Scannen Sie diesen QR-Code für zusätzliche Informationen über das E-Learning und den E-Campus.



Stellen Sie dem WBV Ihre Fragen
direkt info@ave-wbv.ch und finden
Sie alle Antworten auf ave-wbv.ch

Ihre Fragen an den WBV

Die Spezialisten des Walliser Baumeisterverbandes
geben Ihnen Antworten zu rechtlichen, technischen
oder sozialversicherungstechnischen Aspekten.

Aushub und Archäologie: wie reagieren?

Ein Vorarbeiter ruft Sie eines Morgens an und teilt Ihnen
mit, dass er bei einem Aushub Knochen und Tongefässe
gefunden hat. Wie reagieren? Die Arbeiten weiterführen
oder die Behörden benachrichtigen?

Konsultieren Sie vorerst das Geoportal des Kantons, um
zu erfahren, ob im betreffenden Sektor archäologische
Relikte vorhanden sein könnten.

<https://sitonline.vs.ch/urbanisation/archeologie/de/>

Diese Gebiete sind nämlich gesetzlich geschützt und jedes
Bauprojekt muss dem kantonalen Amt für Archäologie
zur Stellungnahme unterbreitet werden. Im Zweifelsfall ist
dem kantonalen Amt für Archäologie die Entdeckung auf
dem entsprechenden Formular zu melden.

www.vs.ch/de/web/archeologie/contacts-formulaires



Anthony Lamon

Anwalt, Arbeitgebersekretär

In den allermeisten Fällen organisiert das Amt
notfallmässige Grabungen, die eine kartografische
Erfassung des Standorts ermöglichen und die Baustelle
nicht längerfristig beeinflussen. Im gegenteiligen Fall kann
das Amt aufgrund einer Meldung oder einer unerwarteten
Kontrolle den unverzüglichen Schutz des Standorts
anordnen. Wir können Ihnen deshalb nur empfehlen, das
Amt zu benachrichtigen, wenn Sie auf einer Baustelle
Relikte finden.

Die SUVA-Prämien 2023 weiterhin tief

Die Prävention und die Sicherheitsmassnahmen auf den Baustellen führen zu einem Rückgang der schweren Unfälle. Die Arbeitsplätze werden somit sicherer und die Risiken nehmen ab. Deshalb sind auch weniger Rückstellungen nötig und die finanzielle Situation der SUVA ist besser. Gleichzeitig hat die SUVA aufgrund neuer Vorschriften die Möglichkeit, mehr zurückzuerstatten. 2023 werden die Prämien aufgrund des Finanzüberschusses um 20 % reduziert. Auch andere Überschüsse, wie diejenigen des Kompensationsfonds oder punktuelle Überschüsse, wie 2021 aufgrund der Pandemie, werden regelmässig zurückerstattet.

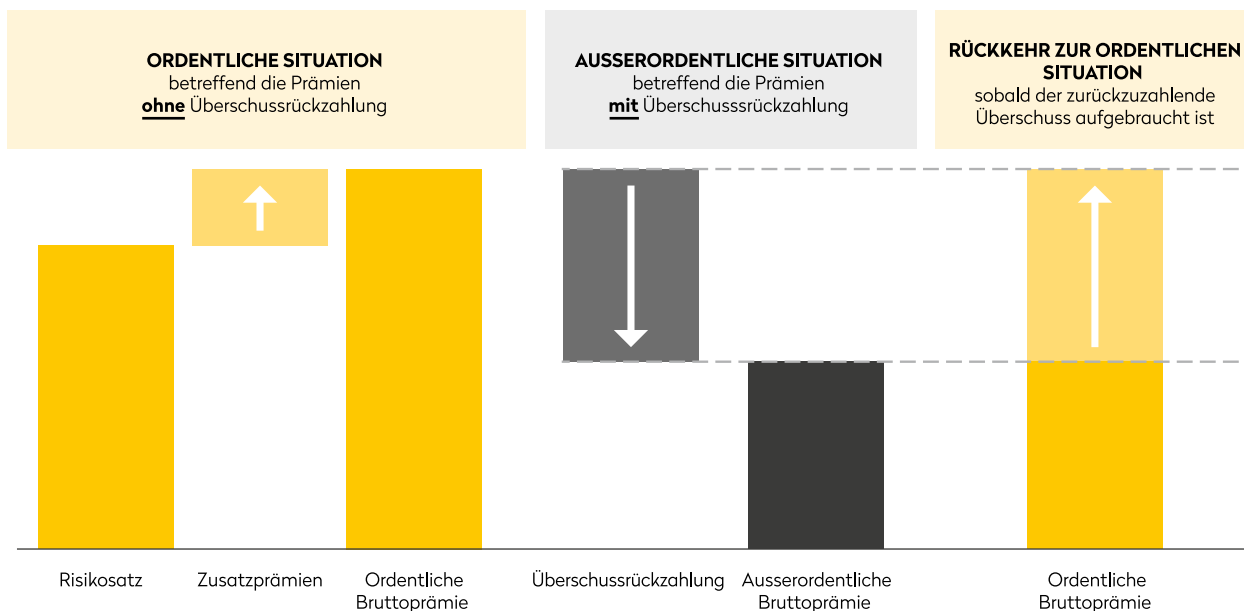
Allerdings darf nicht vergessen werden, dass diese Rückzahlungen aufgrund einer aussergewöhnlichen Situation erfolgen. Sobald die Überschüsse aufgebraucht

sind, wird wieder der Normalzustand anhand des Risikos eintreten.

Im aktuellen Zusammenhang handelt es sich aber trotzdem um eine gute Nachricht für 2023. Profitieren wir also davon!



Yvan Jollien
Vizedirektor,
Verwalter der Sozialkassen



Achtung bezüglich der Differenz zwischen Brutto- und Nettoprämienatz.



A nighttime photograph of a bridge construction site. A large concrete bridge section is being lowered into place by a crane. The scene is illuminated by bright work lights, creating strong shadows. In the background, a truck and several construction workers in high-visibility vests are visible. The foreground shows the asphalt road surface with white lane markings.

46°14'09.1' N

7°22'59.9' E

Bau des 2. Abschnitts der Überführung, die das Spital Sitten
mit dem Parkplatz des Echutes verbindet. (31. August 2022)